

Rezensionen

Robert Rollinger/ Christoph Ulf (Eds.), Commerce and Monetary Systems in the Ancient World: Means of Transmission and Cultural Interaction. Proceedings of the Fifth Annual Symposium of the Assyrian and Babylonian Intellectual Heritage Project Held in Innsbruck, Austria, October 3rd-8th 2002 (Oriens et Occidens 6). Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2004, 561 S., € 60,-.

Die groß angelegte fünfte der internationalen Konferenzen des „Assyrian and Babylonian Intellectual Heritage Project (MELAMMU)“, deren Tagungsbeiträge in dem von Robert Rollinger und Christoph Ulf herausgegebenen Band vorgelegt werden, war primär ökonomischen Themenstellungen gewidmet. Neben einer stattlichen Reihe von Artikeln zu konkreten wirtschaftshistorischen Spezialproblemen des geographischen Raumes, der stark vom assyrisch-babylonischen kulturellen Erbe geprägt war, enthält das Buch aber auch Aufsätze zu theoretischen bzw. grundsätzlichen Fragen der antiken Wirtschafts- und Finanzgeschichte, die es zu einem durchaus wichtigen Arbeitsinstrument für diese Disziplinen machen.

Auf einleitende Bemerkungen der Herausgeber folgen insgesamt 29 Beiträge, die in acht Themenbereiche eingeteilt sind, wobei die aus dem Kongressprogramm entwickelte Gliederung des Tagungsbandes bei weitem nicht immer zwingend erscheint, wie bemerkt werden darf. Dass das Buch übergeordnetes wirtschaftsgeschichtliches Interesse für sich beanspruchen kann, manifestiert sich bereits im ersten dieser Themenbereiche, „Wirtschaftstheorie“, in dem etwa der Finanzwissenschaftler Engelbert Theurl in seinem Aufsatz „Konkurrierende Theorien der Geldentstehung“ die Vereinbarkeit der im Laufe der Forschungsgeschichte entwickelten einschlägigen Modelle kritisch untersucht. Der zweite Komplex, „Mesopotamien im 3. Jahrtausend v. Chr.“, wird exklusiv von Piotr Steinkellers Artikel „Toward a Definition of Private Economic Activity in Third Millennium Babylonia“ abgedeckt, der sich überwiegend mit der gut dokumentierten Periode der Dritten Dynastie von Ur (im letzten Jahrhundert des genannten Zeitraums) auseinandersetzt und für sie das Fehlen einer „market economy“

im klassischen Sinne feststellt. In das Zentrum der Anliegen des MELAMMU-Projekts führt der Abschnitt „Mesopotamien und die Levante in der 1. Hälfte des 1. Jahrtausends v. Chr.“, in dem u. a. Wirtschaftsformen Babyloniens in dieser Periode übersichtlich skizziert (Michael Jursa) und die Strategien assyrischer Handelspolitik analysiert werden (Karen Radner). Der vierte Teil „Griechische Archaik“ wird allzu knapp allein durch den Beitrag „Trade and Commerce in Archilochos, Sappho and Alkaios“ von David Tandy repräsentiert, der die frühgriechische Lyrik als wirtschaftshistorische Quelle zu erschließen versucht.

Überaus anregend bietet sich der Themenbereich „Wirtschaftstheorien in Anwendung auf die Klassische Antike“ dar, in dem nicht nur Kurt A. Raaflaub die Rolle von „Archaic Greek Aristocrats as Carriers of Cultural Interaction“ untersucht und deren Bedeutung für den Kulturtransfer herausstreicht, sondern mit dem Aufsatz von Astrid Möller auch ein Beitrag von allgemeinem wirtschaftstheoretischem Anspruch zu finden ist, der im ersten Abschnitt des Bandes wohl besser aufgehoben gewesen wäre: „Zur Aktualität der Wirtschaftsanthropologie Karl Polanyis“.

Einen der Schwerpunkte des Teils über die „Levante, Ägypten und die Ägäis in der 1. Hälfte des 1. Jahrtausends v. Chr.“ bildet naturgemäß die Diskussion phönikischer Probleme, die jedoch auf einer zu allgemeinen Ebene abläuft. Umso dankbarer nimmt man daher zur Kenntnis, dass I. Weiler die Betrachtungen über „Sklaverei in der homerischen und altorientalischen Welt“ überaus konkret formuliert und seine Vergleichsanalyse in Form der Untersuchung von vier grundsätzlichen Aspekten der Existenz von Unfreien bzw. des Umgangs mit ihnen materialreich und farbig gestaltet.

Als zentraler Abschnitt des Tagungsbandes – mit Beiträgen von recht unterschiedlicher Ausrichtung und Qualität, wie sogleich angemerkt sei – ist „Hellas und Achämeniden, Parther, Sasaniden und Rom“ zu bezeichnen. Das Kapitel wird von einem souveränen Beitrag des Haupterausgebers der „Oriens et Occidens“-Reihe eröffnet, in der der Band erschienen ist: Josef Wiesehöfer wendet sich der ersten der großen iranischen Herrscherdynastien zu, indem er „Gütertausch und Kulturtransfer in achämenidischer Zeit“ umsichtig skizziert. Nicht ganz befriedigt hinterlassen den Leser hingegen die Darlegungen Burkhard Meißners „Über Modelle antiker Geldverkehrssysteme“. Vermag der Aufsatz auch durch einen innovativen Zugang zum Thema

Bankhistorisches Archiv, 29. Jahrgang, Heft 2/2003
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

und durch quellenbasierte Argumentation partiell sehr für sich einzunehmen, so fällt an ihm doch eine etwas unkritische Haltung zu verschiedentlich vorgenommenen Versuchen der Quantifizierung in der römischen Wirtschaftsgeschichte auf. Im Gegensatz zu Meißners Beitrag, der sich vor allem mit der theoretischen Modellierung wirtschaftlicher Vorgänge beschäftigt, ist Herbert Graßls Aufsatz zu „Marktorganisation und Preisbildung in der römischen Kaiserzeit“ eher praktisch orientiert und in erster Linie auf der paradigmatischen Einzelanalyse pertinentester Testimonien der antiken literarischen und epigraphischen Quellen aufgebaut, was hier ausdrücklich positiv vermerkt sei.

Durch Klarheit und Präzision besticht auch der einlässliche Beitrag von Andreas Luther über „Dura-Europos zwischen Palmyra und den Parthern“, in dem sowohl der politische Status der Region am mittleren Euphrat in der hohen Kaiserzeit untersucht wird als auch ihre Rolle im palmyrenisch kontrollierten Osthandel: Der Autor vermutet, dass nach dem traianischen Partherkrieg Palmyrener in römischem Auftrag Teile des Euphratlandes militärisch kontrollierten, die sich nominell auf parthischem Gebiet befanden; diese Regelung, die den Palmyrenern die Absicherung ihrer handelspolitischen Interessen ermöglichte, habe auch nach dem Partherkrieg unter Marcus und Verus fortbestanden, und erst mit dem Ostkrieg des Septimius Severus sei Dura-Europos formell in das römische Provinzialgebiet eingegliedert worden. Arsakidisches traktiert auch Andrea Gariboldis in etwas holperigem Englisch verfasster, unzureichend strukturierter Artikel über „Royal Ideological Patterns between Seleucid and Parthian Coins: the Case of Theopator“, der augenscheinlich darauf abzielt, den genannten Königstitel für den parthischen Bereich mit dem seleukidischen Vorbild – und nicht aus iranischen religiösen Vorstellungen – zu erklären. Das Kapitel wird von einem Beitrag des Vorsitzenden des MELAMMU-Projektboard beschlossen, Antonio Panaino, der sich mit „Commerce and Conflicts of Religion in Sasanian Iran between Social Identity and Political Ideology“ beschäftigt.

Wie die bisher gebotene Übersicht klar vor Augen führt, ist der Band in erster Linie durch Heterogenität der Beiträge gekennzeichnet: Dazu passt gut, dass im umfangreichen Schlusskapitel „Spezielle Aspekte“ thematisch, chronologisch wie auch methodisch gänzlich disparate Aufsätze versammelt sind, die wir hier nicht im einzelnen anführen wollen. Hingewiesen sei lediglich auf den bedauerli-

cherweise über weite Strecken nur als Kuriosum zu wertenden Beitrag von Salvo De Meis über „Astronomical Reflexes in Ancient Coins“ – vor allem auch, was die numismatischen Teile seiner Darlegungen betrifft: Dass er mit den Werken von Babelon und Cohen für römische Münzen nur Zitierliteratur des 19. Jahrhunderts verwendet, ist zwar auch an sich zu kritisieren, vor allem aber ein Symptom für die Art und Weise von Meis' Nutzung der numismatischen Quellen ganz allgemein.

Ausführliche Register Teile und Inhaltsübersichten der drei bisher erschienenen Bände der MELAMMU-Konferenzen beschließen einen Sammelband, der trotz einer breiten Palette an interessanten und anregenden Beiträgen aufgrund seiner uneinheitlichen Zusammensetzung beim Leser doch einen zwiespältigen Eindruck hinterlässt: Mag man Einzelaspekte des Gebotenen auch sehr schätzen und es etwa begrüßen, dass die theoretisch ausgerichteten wirtschaftshistorischen Aufsätze des Buches als Kommentar zum aktuellen Stand der „Jahrhundertdebatte“ zwischen „Primitivisten“ und „Modernisten“ über den Charakter der antiken Wirtschaft zu lesen sind – im Ganzen erscheint die Klammer, die die Tagungsbeiträge zusammenhält, doch eher artifiziell.

Wien

Bernhard Woytek

(Dr. Bernhard Woytek, Numismatische Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Postgasse 7/1/1, A-1010 Wien, Österreich)

Jürgen Ackermann, Verschuldung, Reichsdebitverwaltung, Mediatisierung. Eine Studie zu den Finanzproblemen der mindermächtigen Stände im Alten Reich. Das Beispiel der Grafenschaft Ysenburg-Büdingen 1687-1806 (Schriften des Hessischen Landesamtes für Geschichtliche Landeskunde 40). Selbstverlag des Hessischen Landesamtes für Geschichtliche Landeskunde, Marburg 2002, 289 S., € 20,-.

Die Arbeit, eine Marburger Dissertation, verfolgt mehrere Ziele. Zum einen soll aufgezeigt werden, dass das Alte Reich ein durchaus interessanter Forschungsgegenstand ist und zum anderen, dass auch die mindermächtigen Stände für den Historiker von Bedeutung sind, weil ohne diese die „Staatlichkeit“ des Alten Reiches nicht vollständig erkannt

werden kann. Eingegrenzt ist das Thema auf die Finanzpolitik dieser Staaten, deren zunehmende Verschuldung unterschiedliche Ursachen hatte. Dabei geht der Verfasser im Grundsatz davon aus, dass die Schuldenregulierung durch den Jüngsten Reichsabschied von 1654 die Staaten in die Lage versetzt hätte, sich zu entschulden, sofern diesem Prozess nicht neue Probleme entgegenstanden. Die Verschuldung der mindermächtigen Stände führte auf Reichsebene zur Einführung einer Schuldenverwaltung, speziell zur Einrichtung von Debitkommissionen. Im Ergebnis bereitete die Verschuldung das Ende der Kleinstaaten und deren Mediatisierung vor. Diese Problematik untersucht Ackermann am Beispiel der Grafschaft Ysenburg-Büdingen in den rund letzten einhundert Jahren ihres Bestehens.

Einleitend beschäftigt sich der Autor mit dem Ausbau der Herrschaft der Reichsgraftchaft Ysenburg-Büdingen und den Landesteilungen im Zeitraum von 1250 bis 1687. Während im Mittelalter zielstrebig an einer Vergrößerung und Stärkung des Territorialbestandes gearbeitet wurde, kam es in der Neuzeit zu mehreren Erbteilungen, die – wie im zweiten Kapitel dargestellt – zur Verschuldung der Grafschaft führten und erst im 18. Jahrhundert durch eine Primogeniturordnung ein Ende fanden. Den damit verbundenen Ausgaben sollte durch eine gemeinsame Kanzlei gegengesteuert werden, was indessen nur unvollkommen gelang. In diesem Zusammenhang nennt Ackermann weitere Verschuldungsgründe. Zum einen waren die Verkäufe wichtiger Einnahmequellen zur Tilgung älterer Schulden – deren Ursache der Autor aber nicht benennt –, zum anderen die rechtlichen Auseinandersetzungen mit anderen Reichsständen, insbesondere mit Hessen-Darmstadt, ursächlich für die Verschuldung. Hinzu kam ein kostspieliger Lebensstil der Grafen, den sie am Hof Ludwigs XIV. von Frankreich kennen gelernt hatten. Als weitere Gründe werden die finanziellen Auswirkungen der Kriege von 1672 bis 1714 genannt, die die Grafschaft unmittelbar betrafen. Ein Kontingent musste aufgestellt und unterhalten werden, indirekt entstanden Belastungen durch Einquartierungen und Durchzüge eigener und fremder Truppen. Insoweit ist die Darstellung der Details genau, auch was die kriegerischen Ereignisse anbetrifft, die allerdings nur indirekt etwas mit der Themendarstellung der Arbeit zu tun haben. Die Lasten der Kriege verteilten sich zu Ungunsten der mindermächtigen Reichsstände. Mit Detailgenauigkeit werden die Namen einzelner

Unterführer aufgezählt, Wiederholungen kommen hinzu (S. 51, 53). Zum Teil erfährt man mehr vom Einfluss der Finanzen auf die hinhaltende Kriegsführung der deutschen Truppen als umgekehrt vom Einfluss der Kriege auf die Finanzen (S. 54). Als weiteren Verschuldungsgrund nennt Ackermann die kostspieligen Prozesse vor den Reichsgerichten, insbesondere die Auseinandersetzungen mit dem Grafen von Salm-Neuburg, dem Burggrafen von Kirchberg sowie dem Landgrafen zu Hessen-Darmstadt, die insgesamt zu enormen Geldverlusten führten. Auch diese Prozesse schildert Ackermann in minutiöser Präzision. Die Kosten dieser Auseinandersetzungen waren insbesondere für Hessen-Darmstadt so hoch, dass sie nicht mehr aus dem Land erwirtschaftet werden konnten. Kredite mussten aufgenommen werden, die das Land fortan sehr belasteten. In beinahe tagebuchartiger Genauigkeit wird in diesem Zusammenhang u. a. die Reise eines Rechtsvertreters nach Wien geschildert. Ein Tagebuch lag dieser Beschreibung auch zugrunde, die mitunter kleinere Ungenauigkeiten aufweist: Wittenberg hatte damals keine – wie der Autor meint – preußische, sondern eine sächsische Universität (S. 77).

Der Niedergang des Ysenburg-Büdingen'schen Landesetats ist Gegenstand des dritten Kapitels. Die finanzielle Lage war katastrophal, zum Beispiel verfügte Ysenburg-Meerholz 1729 über eine jährliche Einnahme von 21.300 Gulden bei Ausgaben von 21.944 Gulden. Hinzu kamen Schulden in Höhe von 266.409 Gulden. Dem drohenden Konkurs entging Meerholz nur durch eine selbst auferlegte Schuldenkommission durch die beiden verwandten Häuser Ysenburg-Büdingen und Ysenburg-Wächtersbach. Nur so konnte eine Reichsdebitkommission verhindert werden. Die Administration verhinderte hingegen nicht, dass in den Jahren 1745 bis 1749 annähernd doppelt so viel für den gräflichen Haushalt ausgegeben wurde wie veranschlagt. Die kurzzeitige Ansiedlung der Herrnhuter zur Hebung der Finanzen verleiht den Verfasser wiederum zu Ausflügen in die Geschichte der Brudergemeinde; in gewohnter Detailtreue bleibt auch ein Besuch Goethes in selbiger Gemeinde nicht unerwähnt (S. 106 f., bes. Anm. 399). Die von Ackermann so genannten „Passivschulden“ hatten sich seit der Fremdverwaltung jährlich erhöht. 1758 mussten zwei Drittel der Einnahmen zur Begleichung der Schuldzinsen aufgewendet werden. Damit war dieser Landesteil praktisch im Konkurs (S. 108). Eine vergleichbar schlechte finanzielle Situa-

tion ergab sich in Ysenburg-Wächtersbach vor allem durch die Versorgung der sehr großen Grafenfamilie und die Finanzierung teurer Luxusgüter. Ende der 50er Jahre des 18. Jahrhunderts war die Einleitung eines Insolvenzverfahrens unabwendbar. In Ysenburg-Büdingen waren die Verhältnisse ähnlich. Hier kam allerdings erschwerend hinzu, dass ein Büdinger Rentmeister und Kämmerer in 35 Dienstjahren über 150.000 Gulden veruntreut hatte. Auch die Entfernung des Rentmeisters Johann Ernst Rösch führte nicht dazu, dass sich die Finanzverwaltung in der Folge effizienter gestaltete. Weiterhin wurde der Büdinger Haushalt durch ein defizitäres Staatsunternehmen dieser Linie nachhaltig beeinträchtigt. Bereits 1747 war die Verschuldung so groß, dass nahezu die gesamten Jahreseinkünfte für den Schuldendienst benötigt wurden. Der neue Landesherr brachte Mitte des Jahrhunderts aus seiner Zeit in dänischen Diensten einen umfangreichen Schuldenstand mit, der die Landesfinanzen noch stärker belastete. Alle Versuche, dieser Situation durch den Erlass von Kammerordnungen entgegenzusteuern, blieben erfolglos.

Den Münzverfall in der Mitte des 18. Jahrhunderts konnten die drei Grafschaften Ysenburg nicht zur Haushaltssanierung nutzen. Vielmehr schädigte er die Länder. Zum endgültigen Konkurs der Grafschaften trugen die finanziellen Folgen des Siebenjährigen Krieges bei. In diesem Zusammenhang zeigte sich die enge Verbundenheit zwischen politischen und finanziellen Entscheidungen, die letztlich nicht voneinander getrennt werden können. Der Kaiser konnte und wollte auf seine Verbündeten nicht verzichten und ließ daher eine kaiserliche Schuldenverwaltung einrichten, um einen sofortigen Konkurs abzuwenden (vgl. Kapitel 4).

Unter der Reichsschuldenverwaltung wurden nach erfolgter Bestandsaufnahme Verhandlungen mit den Gläubigern aufgenommen. In der Folge wurde der Zinssatz zum Teil erheblich herabgesetzt. Die Grafschaft Ysenburg-Wächtersbach war bei 128 Gläubigern mit 472.000 Gulden in der Schuld. In den Jahren 1773 bis 1804 setzte eine mit der Gläubigerschaft abgestimmte Verwaltung durch das Reich ein; für diese Zeit kann kaum mehr von einer unabhängigen gräflichen Regierung gesprochen werden. Erstaunlicherweise gelang es bis 1804 – trotz einer Schuldenerhöhung als Inflationsausgleich –, alle Schulden zu begleichen, wohingegen Meerholz seine Schulden etwa nur zur Hälfte abbauen konnte. Vergleichbares gilt für die Herrschaft Büdingen. Hier wurde die Hälfte der Schul-

denlast über einen Zeitraum von zwanzig Jahren abgebaut. Bis zum Ende des Alten Reiches war die Grafschaft schuldenfrei, wenn man von den sogenannten „nordischen Schulden“ absieht. Auch Akkermans Passus über Büdingen zeichnet sich durch eine gewisse Weitschweifigkeit aus; dies gilt insbesondere für die eingeschobene Biographie der Gräfin Auguste Frederike von Ysenburg-Büdingen, die nicht so recht in Zusammenhang mit dem Thema der Arbeit steht.

Um die Entwicklung Ysenburgs in die Situation im Reich einzuordnen, wendet sich der Verfasser der Schrift von Johann Jakob Moser über die Reichsdebitkommissionen zu, die in der Tat interessantes statistisches Material enthält, das allerdings nicht ganz zweifelsfrei ist. Im Weiteren werden drei andere vergleichbare Reichsstände beschrieben, die insbesondere durch die Person des Verwalters Christoph Friedrich Brauer mit den Geschehnissen in Ysenburg-Büdingen in Verbindung stehen. Abschließend wird ein Konkursverfahren bezüglich der Privatschulden eines nachgeborenen Sohnes dargestellt.

Das sehr kurze Kapitel über die Mediatisierung der Grafschaft Ysenburg-Büdingen und des Fürstentums Ysenburg-Bärsteins in den Jahren 1803 bis 1816 beschließt die Arbeit. 1806 wurden die Grafschaften mediatisiert und zu einem gemeinsamen Staat Isenburg zusammengeführt. Als Mitglied des Rheinbundes trat Isenburg auf Seiten Napoleons in den Krieg ein und verlor nach der Niederlage Napoleons seine Souveränität. 1816 wurde das Fürstentum Isenburg zwischen dem Großherzogtum Hessen-Darmstadt und Kurhessen-Kassel aufgeteilt. Die finanzielle Situation des fürstlichen Hauses hatte sich durch die napoleonischen Kriege erneut dramatisch verschärft. In der Zusammenfassung wird erstmals aufgezeigt, wie größere Reichsstände mit vergleichbaren Problemen umgingen.

Leipzig

Bernd-Rüdiger Kern

(Prof. Dr. Bernd-Rüdiger Kern, Universität Leipzig, Juristenfakultät, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Rechtsgeschichte und Arztrecht, Burgstraße 27, 04109 Leipzig)

Ulrich Ronge, Die langfristige Rendite deutscher Standardaktien. Konstruktion eines historischen Aktienindex ab Ultimo 1870 bis Ultimo 1959 (Europäische Hochschulschriften, Reihe V: Volks- und Betriebswirtschaft, 2901). Peter Lang, Frankfurt am Main 2002, 395 S., € 60,30.

In der vorliegenden Arbeit werden für den Zeitraum von Dezember 1870 bis Dezember 1959 erstmalig durchgängige Zahlenreihen der wöchentlichen Stände eines repräsentativen Aktienindex für deutsche Blue Chips bzw. der wöchentlichen Renditen eines entsprechenden Portefeuilles präsentiert. Ein zweiter wichtiger Beitrag der Arbeit ist die intensive Erörterung der Inflationsproblematik, die bei der Untersuchung von langfristigen Aktienrenditen eine besonders wichtige Rolle spielt.

Methodisch folgt die Arbeit dem Aufsatz von Stehle/ Huber/ Maier (1996)¹, d. h. es erfolgt eine Rückberechnung des Deutschen Aktienindex (DAX). In die Renditeberechnung für die einzelnen Jahre wurden dabei ähnlich wie beim DAX die zum jeweiligen Jahresanfang nach der Marktkapitalisierung (Marktwert der bei einer börsennotierten Aktiengesellschaft ausstehenden Aktien) wichtigsten Werte einbezogen. Auch bei der Gewichtung der einzelnen Aktien wird prinzipiell die DAX-Vorgehensweise übernommen. Als Folge der Indexberechnung auf Basis der zum jeweiligen Zeitpunkt 30 wichtigsten Werte wird ein so genannter „Ex-post selection-“ bzw. „Survival bias“ vermieden, d. h. eine Verzerrung, die dadurch entsteht, dass Aktien, deren Börsennotiz eingestellt wurde, von vornherein nicht einbezogen werden. Die berechneten wöchentlichen Indexstände und die der Berechnung zugrunde liegenden Daten werden in einem fast 200-seitigen Anhang auf vorbildliche Weise dokumentiert.

Die Studie enthält im zweiten Kapitel (S. 5-30) einen (etwas zu) kurzen Überblick über die bisherigen Arbeiten zu historischen Aktienrenditen in Deutschland. Deren Hauptschwäche ist, dass die aus

wissenschaftlicher Sicht höchst interessanten Zeiten des Ersten und des Zweiten Weltkriegs, der Hyperinflation in den frühen zwanziger Jahren sowie der Währungsreform von 1948 nicht oder nicht vollständig einbezogen wurden und die präsentierten Zeitreihen infolgedessen lückenhaft sind. In der Erstellung einer lückenlosen Zeitreihe liegt der wichtigste Beitrag der vorliegenden Arbeit. Hinzu kommt, dass viele der zu Beginn des letzten Jahrhunderts erstellten Zeitreihen bzw. errechneten Indizes aus heutiger Sicht methodische Schwächen aufweisen, die zu Verzerrungen des Schätzwertes der historischen Aktienrendite führen können. Als Folge ist davon auszugehen, dass die von Ronge erstellten Zeitreihen einen besseren Schätzwert der historischen Aktienrendite darstellen als die bereits vorhandenen Zeitreihen.

Schwachpunkte sind in der Arbeit oft dann zu finden, wenn der Verfasser vom eigentlichen Thema abweicht, z. B. in Abschnitt 2.4.2 (Arithmetische versus geometrische Mittelwerte). Zu dieser Frage existieren wichtige Veröffentlichungen, die dem Verfasser offensichtlich unbekannt sind, u. a. Blume (1974)², Cooper (1996)³ und Fama (1996).⁴ Als Folge handelt es sich bei den von Ronge präsentierten Durchschnittsrenditen stets um geometrische Mittel und nicht um die für Unternehmensbewertungen relevanteren arithmetischen Mittel. Geometrische Mittel spielen im Zusammenhang mit arithmetischen Mitteln eine wichtige Rolle bei der Prognose des Endwertes von langfristigen Kapitalanlagen, z. B. im Rahmen von Altersvorsorgeüberlegungen. In der zweiten Auflage oder in einer separaten Veröffentlichung sollte unbedingt auch das arithmetische Mittel der jährlichen Renditen genannt werden. Interessant wäre zudem eine Tabelle, die für unterschiedliche Teilperioden sowohl arithmetische als auch geometrische Mittel enthält, am besten sowohl nominal als auch real. Im Hinblick auf die Nichtbeachtung der drei genannten wissenschaftlichen Aufsätze befindet sich Ronge in guter Gesellschaft. Auch die führenden Lehrbücher der Unternehmensbewertung (z. B. Copeland/

- 1 Richard Stehle/ Rainer Huber/ Jürgen Maier, Rückberechnung des DAX für die Jahre 1955 bis 1987, in: Kredit und Kapital 24 (1996), S. 277-304.
- 2 Marshall E. Blume, Unbiased Estimators of Long-Run Expected Rates of Return, in: Journal of the American Statistical Association 69 (1974), S. 634-638.
- 3 Ian A. Cooper, Arithmetic versus Geometric Mean Estimators: Setting Discount Rates for Capital Budgeting, in: European Financial Management 2 (1996), S. 157-167.
- 4 Eugene F. Fama, Discounting Under Uncertainty, in: The Journal of Business 69 (1996), S. 415-428.

Bankhistorisches Archiv, 29. Jahrgang, Heft 2/2003
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Koller/ Murrin (2000)⁵ und Drukarczyk (2003)⁶ werden auf diese Aufsätze erst in den zukünftigen Auflagen eingehen. Stehle (2004)⁷ gibt einen Überblick über die diesbezügliche Literatur.

Im sehr kurzen dritten Kapitel (S. 31-34) wird der Gang der Untersuchung dargestellt und kurz begründet. Die Diskussion der Grundlagen der Theorie der Aktienindizes im vierten Kapitel (S. 35-60) ist gut gelungen.

Im wichtigsten Teil der Arbeit (Kapitel 5, S. 61-156) werden die Besonderheiten bei der Rendite- bzw. Indexberechnung und die ungewöhnlichen Ereignisse im betrachteten Zeitraum sorgfältig erörtert. Wichtige Besonderheiten bei der Renditeberechnung sind u. a.:

- bis 1965 wurden Aktienkurse nicht „pro Stück“ sondern in „Prozent des Nennwertes“ quotiert;
- teileingezahlte Aktien spielten früher eine wichtigere Rolle als heute;
- bis zu Beginn des letzten Jahrhunderts wurden auch bei Aktien Stückzinsen berechnet.

Ungewöhnliche Ereignisse sind u. a. Börsenschließungen, Kursveröffentlichungsverbote, die Weltwirtschaftskrise, die Hyperinflation, die Währungsreform 1948, Stoppkurse, Handelsverbote und die alliierten Entflechtungsmaßnahmen.

Im sechsten Kapitel (S. 159-192) werden die eigenen Ergebnisse präsentiert und mit den Ergebnissen von Stehle verknüpft. Für viele Zeiträume zwischen 1870 und 1959 liegen bereits alternative Schätzungen der „deutschen Aktienrendite“ vor. Ronge vergleicht seine Ergebnisse mit Stehle/Wulff/ Richter (1999)⁸, Gielen (1994)⁹ und Eube (1998).¹⁰ Die genannten Schätzungen unterscheiden sich teilweise von den Schätzwerten Ronges in einer Weise, die in Anbetracht der Bedeutung von exakten Daten auf diesem Gebiet weitere Untersuchungen wünschenswert erscheinen lässt.

Bei der Berechnung von Aktienrenditen spielt es eine wichtige Rolle, dass alle renditebeeinflussenden Ereignisse (insbesondere Dividenden, Bezugsrechte, Aktiensplits und Kapitalherabsetzungen)

auf korrekte Weise einbezogen werden. Wird zum Beispiel hin und wieder die Einbeziehung eines Bezugsrechts oder eines Aktiensplits „vergessen“, so fällt die berechnete Rendite zu niedrig aus. Im Rahmen dieser Rezension wurden die den Jahren 1955 bis 1959 zugrunde liegenden Ursprungsdaten diesbezüglich überprüft, wobei keine wesentlichen Ungenauigkeiten festgestellt werden konnten.

Wie bereits erwähnt wurde, ist die intensive Erörterung der Inflationsproblematik ein wichtiger Beitrag der vorliegenden Arbeit. Die übliche Vorgehensweise, die nominalen Renditen mit der jeweiligen Inflationsrate in reale Renditen umzurechnen, ist im hier betrachteten Zusammenhang deshalb unbefriedigend, weil für wichtige Teilperioden keine aus heutiger Sicht befriedigenden Inflations-schätzungen vorliegen. Ronge berechnet deshalb zusätzlich reale Renditen aus der Sicht Schweizer Anleger. Dazu rechnet er zuerst die nominalen Renditen aus deutscher Sicht mithilfe von Wechselkursen in nominale Renditen aus Schweizer Sicht um und bereinigt diese anschließend mit den Schweizer Lebenshaltungskosten. Abbildung 12 auf Seite 178 illustriert deutlich, dass die letztgenannte Vorgehensweise für Deutschland die bessere ist oder zumindest eine interessante Alternative darstellt.

Als Fazit der Arbeit ergibt sich für den Zeitraum 1870-1959 eine reale Durchschnittsrendite (geometrisches Mittel) bei Verwendung der deutschen Inflationsraten von 4,32 Prozent pro Jahr. Die reale Rendite aus der Sicht Schweizer Anleger beträgt 4,28 Prozent pro Jahr. „Über den Daumen“ schätzt der Rezensent, dass die jährliche Durchschnittsrendite von Anleihen im gleichen Zeitraum als Folge der Hyperinflation und der Währungsreform negativ war. Wahrscheinlich war der durchschnittliche reale Wertverlust größer als fünf Prozent pro Jahr, genaue Erkenntnisse liegen diesbezüglich leider nicht vor. Trifft diese Schätzung zu, dann könnten deutsche Aktienbesitzer mit der Entwicklung in den vergangenen 130 Jahren durchaus zufrieden sein.

5 Tom Copeland/ Tim Koller/ Jack Murrin, Valuation. Measuring and Managing the Value of Companies. New York 32003.

6 Jochen Drukarczyk, Unternehmensbewertung. München 42003.

7 Richard Stehle, Die Festlegung der Risikoprämie von Aktien im Rahmen der Schätzung des Wertes von börsennotierten Kapitalgesellschaften. Berlin 2004 [Working Paper, Humboldt-Universität zu Berlin].

8 Richard Stehle/ Christian Wolff/ Yvett Richter, Die Rendite deutscher Blue-Chip-Aktien in der Nachkriegszeit – Rückberechnung des DAX für die Jahre 1948 bis 1954. Berlin 1999 [unveröffentlichtes Manuskript].

9 Gregor Gielen, Können Aktienkurse noch steigen? Langfristige Trendanalyse des deutschen Aktienmarktes. Wiesbaden 1994.

10 Steffen Eube, Der Aktienmarkt in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg – eine Indexanalyse. Frankfurt am Main 1998.

Fazit: Ronge hat einen sehr wichtigen Beitrag geleistet. Die Arbeit sollte in alle wirtschaftswissenschaftlichen und in alle wirtschaftshistorischen Bibliotheken aufgenommen werden. Dies selbst dann, wenn die Mittel so knapp sind wie derzeit in Berlin.

Berlin

Richard Stehle

(Prof. Dr. Richard Stehle, Ph.D., Humboldt-Universität zu Berlin, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Bank-, Börsen- und Versicherungswesen, Spandauer Str. 1, 10178 Berlin)

Theo Balderston, Economics and Politics in the Weimar Republic (New Studies in Economic and Social History 45). Cambridge University Press, Cambridge 2002, 123 S., £ 9,95.

Dies ist ein gelungener Überblick über den neuesten Stand der Forschung zur Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik. Theo Balderston ist weltweit einer der besten Kenner dieses Themas. Er hat eine ausgezeichnete Darstellung vorgelegt, offenbar lange erprobt in seinen Lehrveranstaltungen an der University of Manchester. Es ist ihm gelungen, auf knappem Raum die Highlights der intensiven Forschungsentwicklung der letzten Jahrzehnte mit dem Blick für das Wesentliche und der Fähigkeit zu verständlicher Darstellung in einem erstaunlich umfassenden Maß zu präsentieren. Innen- und außenpolitische Ereignisse, Entscheidungen und Entwicklungen werden – soweit sie für die wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung waren – miteinbezogen, von der Revolution 1918-1919 über die Reparationspolitik, einschließlich des Dawes- und Young-Plans, bis zu den Wahlsiegen der Nationalsozialisten während der Weltwirtschaftskrise und der politischen Konditionalität, an die besonders Frankreich seine Hilfsbereitschaft in der deutschen Bankenkrise 1931 knüpfte. Die Diskussion um die Ursachen der großen deutschen Inflation bis 1923 und die verschiedenen dazu in der Literatur vertretenen Thesen werden ebenso abgehandelt wie die Frage der Zahlungsfähigkeit Deutschlands hinsichtlich der Reparationen sowie die Borchardt-These der zu hohen Löhne in der Weimarer Republik schon vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und der wirtschaftspolitischen Zwangslage des Reichskanzlers Brüning während der großen Krise.

Dort, wo Balderston unterschiedliche Erklärungsansätze miteinander vergleicht, argumentiert er abgewogen und urteilt mit dem ihm eigenen reichen Wissen über die Weimarer Wirtschaft und ihre Struktur. Er besitzt sogar die Größe, eine eigene, von ihm früher vertretene Hypothese zu kritisieren und sich den besseren Argumenten eines Kollegen anzuschließen.

Ich selbst bin nicht in jedem Punkt mit seinem Urteil einverstanden. Auch gibt es einige Ungenauigkeiten. So spiegelt der Nettokapitalimport nicht den „Überschuss der Ausgaben über die Ersparnisse“ (S. 29) und schon gar nicht einen „höheren Konsum als Ersparnisbildung“ (S. 30) wider, sondern nur den Überschuss der inländischen Investitionen über die inländische Ersparnisbildung. Aber das tut meinem Gefallen an dem Buch keinen Abbruch. Auf meinem eigenen Forschungsgebiet, der großen deutschen Inflation 1914-1923, betont Balderston überzeugend einen Aspekt, den ich selbst vernachlässigt habe, nämlich dass die Verschlechterung der deutschen terms of trade während der Nachkriegsinflation einen viel größeren wirtschaftlichen Verlust für Deutschland bedeutete als die territorialen Verluste durch den Versailler Vertrag (S. 32). Einig sind wir uns darin, dass die handelspolitische Benachteiligung Deutschlands durch den Versailler Vertrag sowie die hohen Handelsbarrieren der Siegermächte und der neuen Staaten in Europa das größte Hindernis für den Transfer der Reparationen darstellten.

Das Buch ist mit einem nützlichen Glossar wirtschaftlicher und politischer Begriffe sowie einem ausführlichen Index ausgestattet. Das lange Literaturverzeichnis dokumentiert nicht nur Balderstons umfassende Kenntnis der Forschungslage, sondern ist eine Fundgrube an Literatur zu wirtschaftlichen Fragen der Weimarer Republik und deren Diskussion in der Forschung.

Balderstons Studie verdient höchste Aufmerksamkeit als Lehrbuch für Studenten der Wirtschaftsentwicklung der Weimarer Republik und als anregende Lektüre für alle Forscher auf diesem Gebiet.

Berlin

Carl-Ludwig Holtfrerich

(Prof. Dr. Carl-L. Holtfrerich, Freie Universität Berlin, John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien, Abteilung für Wirtschaft, Lansstraße 7-9, 14195 Berlin)

Bankhistorisches Archiv, 29. Jahrgang, Heft 2/2003
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

C. Edmund Clingan, *Finance from Kaiser to Führer. Budget Politics in Germany, 1912-1934* (Contributions to the Study of World History 79). Greenwood Press, Westport, Connecticut/London 2001, 255 S., € 66.–.

Entgegen des reißerischen Titels – Budgetpolitik im Kaiserreich wird kaum thematisiert und die im „Dritten Reich“ nur noch als *dénouement* – geht es dem Autor vor allem um die viel diskutierten fiskalpolitischen Handlungsspielräume von Reichskanzler Brüning zwischen 1930 und 1932. Er argumentiert, dass mit der expansiven Fiskalpolitik, die zur Überwindung der Stabilisierungskrise 1925/26 beigetragen haben soll, ein wirtschaftspolitisches Modell bereitgestanden habe, auf das Brüning hätte zurückgreifen können, wenn er nur gewollt hätte.

In der ausführlichen Beweisführung des Autors durfte der Rezensent zu seiner Überraschung die Ergebnisse seiner Dissertation an relativ prominenten Stellen – Einführung, Hauptteil und Schluss (S. 7, 154, 234) – wiederfinden, allerdings exakt in ihr Gegenteil verkehrt. Es würde durchaus gut ins Bild einer keynesianischen Argumentation pro deficit spending passen, wenn die Industrie in der Weimarer Wirtschaft strukturell gesund gewesen wäre und ihre Industrieunternehmen daher satte Gewinne eingefahren hätten. Dass der Autor Letzteres unter expliziter Berufung auf die Arbeit des Rezensenten mehrfach behauptet, ist mindestens sehr grobe Schlamperei. Ein so schlecht recherchiertes Buch ist jedenfalls keine Bereicherung dieser sehr schwierigen und komplexen Materie.

Stuttgart

Mark Spoerer

(PD Dr. Mark Spoerer, Universität Hohenheim 570 A, 70593 Stuttgart)

Albrecht Ritschl, *Deutschlands Krise und Konjunktur 1924-1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre*. Akademie-Verlag, Berlin 2002, 324 S., € 79,80.

In der überarbeiteten Fassung seiner 1998 an der Universität München vorgelegten Habilitationsschrift greift Albrecht Ritschl zentrale Hypothesen

der seit Jahrzehnten diskutierten Borchardt-Kontroverse auf. Ritschls Monographie hat drei Schwerpunkte: Erstens zeigt er, dass zentrale Aussagen der Borchardt-Kontroverse in einem makroökonomischen Modell à la Keynes verankert werden können; zweitens erweitert er die traditionelle Borchardt-Hypothese um eine außenwirtschaftliche Komponente; drittens fundiert er seine Untersuchung auf umfangreichen, neuerschlossenen Datenbeständen.

Nach den von Knut Borchardt vertretenen Thesen (S. 14) krankte die deutsche Wirtschaft der 1920er Jahre an zu hohen Lohnsteigerungen und ausgeprägten Verteilungskonflikten. Hinzu kam, dass die öffentlichen Haushalte während der Weltwirtschaftskrise von Krediten abgeschnitten waren. Borchardt folgerte, dass die Deflations- und Budgetausgleichspolitik Brünings aus diesen Gründen unausweichlich gewesen sei. Erst 1932 sei die finanzpolitische Zwangslage weggefallen. Die keynesianischen Gegenthesen (S. 40) besagen hingegen, dass die restriktive Fiskalpolitik die Wirtschaftskrise in Deutschland verstärkt hätte. Die Bankenkrise von 1931 hätte durch eine expansive Fiskalpolitik verhindert und die Krisenverschärfung nach 1931 durch eine Abwertung vermieden werden können. Im Gegensatz zu Borchardts Thesen waren nach dem keynesianischen Ansatz nicht zu hohe Löhne, sondern zu hohe Zinsen, zu niedrige Investitionen sowie zurückgehende Kapitalimporte aus den USA Auslöser der Krise in Deutschland.

Ritschl untersucht den empirischen Gehalt dieser Kriseninterpretationen, wobei er auf neue Daten und moderne ökonomische Verfahren zurückgreift (S. 41-104). In diesem Teil der Publikation wird die Stärke seines Ansatzes und damit der Untersuchung deutlich: Ritschl gelingt es geradezu vorbildlich, klar formulierte und theoretisch begründete Hypothesen mit modernen und anerkannten Methoden der quantitativen Wirtschaftsforschung zu prüfen, wobei er – hier wieder ganz Historiker – neue Quellen zur Erweiterung der Datenbasis erschließt, so dass die statistische Untersuchung insgesamt gut fundiert ist. Es zeigt sich, dass die traditionelle keynesianische Interpretation des Krisenverlaufs der empirischen Überprüfung nicht standhält, da die starke Schwankung des Sozialprodukts nicht durch die Variation der Staatsausgaben zu erklären ist und die Multiplikatorwirkung des Konsums gegen Null geht. Selbst innerhalb des keynesianischen Paradigmas kommt Ritschl zu dem Ergebnis einer investitionshemmenden Wirkung zu hoher Löhne (S. 76). Dass die Löhne sowohl im

internationalen als auch im intertemporären Vergleich zu hoch waren, zeigt Ritschl mit einer Analyse der Angebotsbedingungen. Als Zwischenergebnis wird festgehalten, dass ein keynesianisches Modell zur Krisenerklärung weitgehend ausscheidet. Jedoch scheitert auch das angebotsorientierte Modell daran, die Tiefe der Weltwirtschaftskrise zu erklären (S. 104 f.).

Ritschl begegnet diesem Umstand, indem er eine externe Kreditbeschränkung für das Deutsche Reich in die Analyse einführt (Kapitel 3, S. 107-191). Damit greift er eine zeitgenössische Diskussion auf, die in der neueren wirtschaftshistorischen Kontroverse nahezu unbeachtet geblieben ist. Die externe Kreditbeschränkung des Reiches hing eng mit den Reparationen zusammen, denn diese führten zunächst zu einer stark steigenden Auslandsverschuldung, auch wenn diese im internationalen und intertemporären Vergleich durchaus tragbar war (S. 107-120). Gleichzeitig beinhaltete der Dawes-Plan mit der so genannten „Transferschutzklausel“ eine nicht anreizkompatible Regelung zur Zahlung der Reparationen. Durch die Reparationszahlungen sollte weder die Bedienung der privaten deutschen Auslandsschuld noch die Stabilität der Währung gefährdet werden (S. 120-141). Faktisch leistete Deutschland seine Reparationszahlungen nach 1924 aus Kreditaufnahme im Ausland. Diese Kredite konnten zunächst problemlos bedient werden, so dass der Zustrom von Auslandskapital vorerst nicht abriß und erst mit dem Übergang zum Young-Plan endete. Der Young-Plan setzte, zur Überraschung vieler Marktteilnehmer, die Reparationsverpflichtung Deutschlands nicht wesentlich herab, beseitigte jedoch die Transferschutzklausel. Kommerzielle Auslandskredite wurden nun nicht mehr bevorzugt bedient, wodurch das Risiko für diese Kredite erheblich stieg und die internationale Kreditbeschränkung für das Reich bindend wurde. Eine kreditfinanzierte expansive Fiskalpolitik war somit für Reichskanzler Brüning nicht möglich. Die Brüning'sche Deflationspolitik sollte inländische Güter international verbilligen, dadurch den Export fördern und die Zahlung der Reparationen aus dem Handelsbilanzüberschuss ermöglichen. Diese Politik wurde jedoch durch zunehmenden Protektionismus und durch Währungsabwertungen anderer Länder unterminiert. Gleichzeitig wurde für Deutschland die Verweigerung der Reparationszahlung eine zunehmend attraktivere Lösung. Hier greift Ritschl auf Erkenntnisse der neueren Wirtschaftstheorie zurück, insbesondere auf die „Theo-

rie souveräner Schuldner“. Die volkswirtschaftlichen Kosten der Nichtzahlung der Reparationen wären vor allem aus internationalen wirtschaftlichen Sanktionen gegen Deutschland entstanden, beispielsweise in Form eines Handelsembargos. Die Kosten einer faktischen Zahlungsverweigerung des Deutschen Reichs sanken nach 1929 mit zunehmendem Rückgang des Welthandels rasch. Das Drohpotential der Reparationsgläubiger in den Verhandlungen nahm nach 1929 ab. Die Streichung der Reparationsschuld wurde schließlich auf der Konferenz von Lausanne im Sommer 1932 beschlossen und damit die wirtschaftspolitische Zwangslage weitgehend entschärft (S. 167-176).

Die durch den Übergang vom Dawes- zum Young-Plan bindend gewordene internationale Kreditbeschränkung hatte weitreichende binnenwirtschaftliche Folgen, da Deutschland nun gezwungen war, Handelsbilanzüberschüsse zu erwirtschaften. Deutsche Produkte mussten durch Preis senkung auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig werden; der Weg dahin führte über die Deflationspolitik. Der Übergang vom Dawes- zum Young-Plan im Jahre 1929 markiert somit den Beginn einer wirtschaftspolitischen Zwangslage im Sinne der Borchardt'schen Hypothesen. Ritschl zeigt nun, dass selbst innerhalb eines keynesianischen Modellrahmens der Rückgang des Volkseinkommens zwischen 1929 und 1932 größtenteils durch die nun bindende Zahlungsbilanzbeschränkung erklärt werden kann. Um den Anreiz zu hoher Auslandsverschuldung unter dem Dawes-Regime zu analysieren, greift Ritschl auf einen neoklassischen Modellrahmen zurück. Die Anreizstruktur der Transferschutzklausel im Dawes-Plan, einen realen Reparationstransfer trotz politischen Unwillens zu leisten, führte zu einer hohen Kreditaufnahme im Ausland und schließlich nach 1929 zu einer wirtschaftspolitischen Zwangslage. Diese Zwangslage, so resümiert Ritschl, entstand jedoch nicht durch die Reparationslast, denn diese wäre bei gleichmäßiger Bedienung durchaus tragbar gewesen, sondern aus dem politischen Unwillen, Reparationen tatsächlich zu leisten (S. 240).

Insgesamt gelingt Ritschl der Spagat zwischen Theorie, empirischen Methoden und politikgeschichtlichen Rahmenbedingungen. Besonders hilfreich ist in dieser Hinsicht ein Leseplan (S. 15), der darstellt, welche Kapitel für Ökonomen bzw. Historiker besonders relevant sind. Dies dürfte vor allem verhindern, dass historisch interessierte Leser in den ökonomisch ausgerichteten Kapiteln

die Lust an der Lektüre verlieren. Die von Ritschl vorgelegte Studie verdient sicherlich nicht nur Beachtung von Wirtschaftshistorikern. Gleichzeitig hat es Vorbildfunktion für wirtschaftshistorische Arbeiten, denn diese Monographie ist auf der Höhe der internationalen Forschung.

Münster

Carsten Burhop

(PD Dr. Carsten Burhop, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Domplatz 20-22, 48143 Münster)

Randall E. Parker (Ed.), *Reflections on the Great Depression*. Edward Elgar, Cheltenham/Northampton, Mass. 2002, 230 S., £ 55,-.

Dies ist ein eigenartiges, originelles Buch. Der Herausgeber verwirklicht die spannende Idee, die Weltwirtschaftskrise als Zeitzeugenbefragung prominenter Ökonomen aufzuarbeiten. Herausgekommen ist eine Reihe von elf behutsam standardisierten Interviews mit bedeutenden und weniger prominenten Wirtschaftswissenschaftlern, darunter als Glanzlichter vier Nobelpreisträger. Die Bewertung und Einordnung dieser Gespräche ist nicht einfach, denn sie wird stark vom wissenschaftlichen Standort des Lesers abhängen. Insgesamt entsteht aber in der Abfolge dieser Befragungen, ermöglicht auch durch die geschickte Gesprächsführung Parkers, ein kohärentes, vielleicht fast zu ebenmäßiges Bild der Weltwirtschaftskrise und ihrer Bewertung durch führende Fachvertreter.

Sozialexperimente haben oft das Problem des framing, des vorgegebenen Rahmens mit ebenso vorgegebenen Fragen, in dem ungefärbte Antworten nicht immer zu erwarten sind. Dieses Problem besteht auch hier und verursacht einen gewissen Ärger über diesen sonst so spannenden Band. Der Herausgeber hat den Interviews richtigerweise ein sehr kompetentes Einführungskapitel vorangestellt. Dessen Lektüre bietet einen sehr genauen und vollständigen Überblick über die Debatte zur Weltwirtschaftskrise seit etwa Mitte der siebziger Jahre. Allerdings hat das Kapitel den Nachteil, einerseits recht weitgehend von der wirtschaftshistorischen Literatur zum Gegenstand zu abstrahieren, andererseits die Geschichte der Interpretation der Weltwirtschaftskrise als eine monetäre Whig History, eine Geschichte aus der Siegerperspektive, zu prä-

sentieren. Die gleiche Tendenz besteht in den Standardfragen, die den Gesprächspartnern vorgelegt wurden. Das Verfahren hat den Vorteil der Kohärenz, allerdings den Nachteil eines teils karikaturhaften Umgangs mit vermeintlichen Verliererpositionen. Vor zu frühen Siegesrufen sei gewarnt; bislang hat noch jede ernsthafte Position in historischen Debatten – und darum handelt es sich hier – ihre Wiederkehr erlebt. So wäre es wünschenswert und der Sache dienlich gewesen, hätte der Autor einleitend oder abschließend auch andere Positionen zu Wort kommen lassen.

Gleich, ob man der monetären These zustimmt oder nicht: Niemand wird sich der ungebrochenen Strahlkraft ihrer Vertreter entziehen können. Die Interviews mit Milton Friedman und Anna Schwartz gehören zum Besten, was über die Krise der dreißiger Jahre in so konziser Form gesagt werden kann, und belegen überaus eindrucksvoll jene eigenartige Mischung aus Prinzipienfestigkeit und Pragmatik, die den Monetarismus in den siebziger Jahren populär werden ließ. So befürwortet Friedman erneut die antizyklischer Fiskalpolitik während der Krise: Chicagos prominentere Professoren schickten während der Krise mehrere Memoranden nach Washington, in denen dringend eine defizitfinanzierte Erhöhung der Staatsausgaben gefordert wurde.

Nicht, dass Friedman oder seine Lehrer an die Keynes'sche Variante der Unterkonsumptionstheorie geglaubt hätten. Ebenso wie die späteren Keynesianer waren sie aber davon überzeugt, dass es Unterbeschäftigung geben könnte – allerdings nicht wegen einer inhärenten Instabilität des privaten Sektors, sondern wegen eines zu geringen Geldumlaufs. So nehmen Friedman wie auch Schwartz das amerikanische Notenbanksystem für die Verschärfung eines normalen Konjunktüreinbruchs zu einer Katastrophe wie der von 1929 bis 1932 in die Verantwortung, da es auf den Einbruch des Finanzmarkts und die sich am Ende des Jahres 1930 dramatisch häufenden Bankzusammenbrüche nicht mit der ausreichenden Bereitstellung von Liquidität reagiert habe. Auffallend im Vergleich der Beiträge von Friedman und Schwartz ist der unterschiedliche Grad der Direktheit, mit der das Argument vorgetragen wird. In beiden Fällen wird dem Ansatz Ben Bernankes, den Finanzmarktkanal als zusätzlichen Transmissionsmechanismus von Geldpolitik zu benennen, höflicher Respekt gezollt. Das zugrundeliegende Argument der Schuldendeflation ist für Schwartz allerdings keine ernsthafte Betrachtung.

tung wert, ebenso wie etwaige alternative Ansätze. Scharf geht ihr Beitrag mit den neueren Versuchen zur Erklärung der Krise aus dem internationalen Goldstandard ins Gericht; wer eine geschliffen formulierte (und zuletzt zu weitgehende) Kritik an Barry Eichengreen lesen möchte, ist hier gut aufgehoben. In der Substanz bemängelt Schwartz, dass keine Bindungswirkung des internationalen Goldstandards stark genug sein konnte, die USA an einer stärker expansiven Geldpolitik in der Krise zu hindern.

Natürlich setzt das monetaristische Argument immer Festigkeit im Glauben an die Wirksamkeit der monetären Transmission voraus, ebenso im Glauben daran, dass entsprechende Einsichten den Zeitgenossen zur Verfügung standen. Paul Samuelsons Interviewbeitrag setzt an diesem Punkt an und verteidigt das Federal Reserve System gegen den Vorwurf unzulässiger Restriktion des Geldvolumens. Zuletzt bleibt in seiner Perspektive allerdings ein guter Gegenentwurf undeutlich, ebenso bei James Tobin. Einigkeit besteht allenfalls darin, dass eine nichtmonetäre Interpretation nicht den seinerzeit unter Zeitgenossen ungeheuer populären Stagnationstheorien Alvin Hansens zugerechnet werden darf. Ob es aber einen noch zu erklärenden „autonomen“ Rückgang des Konsums oder der Investitionen gab und welche Gründe es hierfür geben könnte, bleibt unbeantwortet. Hier zeichnet sich der monetaristische Ansatz zweifellos durch größere Klarheit aus.

Überraschend oft lassen die Interviews Anklänge an die seinerzeit verbreiteten monetären Investitionstheorien österreichischer Prägung heraus hören. Dass die amerikanische Politik leichten Geldes während der zwanziger Jahre wesentlich an der Spekulationswelle an der Wall Street beteiligt war, aber auch real zu einer höheren als im Gleichgewicht vertretbaren Investition geführt hatte, war unter dem Einfluss Hayeks eine in der zeitgenössischen Literatur verbreitete Auffassung und wurde als Grund für den scharfen Rückgang der Investitionen ab 1929 angesehen. Die Vorstellung einer monetär induzierten realen Krise vor der Krise, die eine rein monetäre Auffangreaktion wirkungslos gemacht hätte, ist unter den im Buch befragten Zeitzeugen noch wach; in der heutigen Debatte spielt sie demgegenüber keine Rolle mehr.

Eine Sonderrolle kommt dem Gespräch mit Charles Kindleberger zu – nicht der einzige Wirtschaftshistoriker in der Gruppe, auch Moses Abramovitz ist vertreten, aber der einzige Spezia-

list für die Weltwirtschaftskrise. Nur hier wird eine genuin internationale Sichtweise der Weltwirtschaftskrise vertreten. Während in den anderen Beiträgen internationale Faktoren nur in der ritualen Form ökonomischer Allgemeinbildung aufzufinden sind – so die britische Pfundabwertung, die Frage der Unterbewertung des Franc nach der Stabilisierung oder die Krise der österreichischen Kreditanstalt –, geht Kindleberger spezifisch auf ökonomische und politische Sonderfaktoren außerhalb der USA ein. Auch die Borchardt-Kontroverse und die Frage der Handlungsspielräume wird kurz erwähnt, aber als „dandy question“ abgehakt. – Das ist wahrscheinlich zu kurz gesprungen; „Dandys“ mit dem Bedürfnis nach stark erweiterten Handlungsspielräumen kamen in Deutschland ja 1933 an die Macht, und man möchte sich im Nachhinein wünschen, die Fesseln von Versailles hätten fester gesessen.

Auffallend ist aber auch im Allgemeinen, dass internationale Faktoren überhaupt und der Problemfall Deutschland im Besonderen keine Rolle für das Krisenverständnis der befragten Zeitzeugen spielen. Es ist bemerkenswert, dass auf internationaler Ebene das Jahr 1931 im kollektiven Gedächtnis der Befragten nur aus dem Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt und danach der britischen Pfundabwertung besteht. Zwischen beiden Ereignissen stellte Deutschland als weltgrößter Schuldner den Schuldendienst ein und wurde durch ein amerikanisches Moratorium knapp aufgefangen. Im weiteren Verlauf gerieten zwei der fünf deutschen Universalbanken in die Zahlungsunfähigkeit und am damals drittgrößten internationalen Bankenplatz wurden Feiertage ausgerufen. Noch vor Englands Abgehen vom Goldstandard war die kurzfristige Konvertierbarkeit der Reichsmark suspendiert und ein Stillhalteabkommen mit den Auslandsgläubigern abgeschlossen worden. Jedes dieser Ereignisse für sich genommen war von größerem Gewicht für die Weltwirtschaft als Schuldenkrisen in Argentinien und Mexiko es heute sein können. Aus der Erinnerung der hier interviewten Fachwelt sind diese Vorgänge herausgefallen. Das Warum dieses Vergessens wäre einiges Nachdenken wert.

Selbstverständlich haben die im Buch geführten Interviews auch eine allgemeine Bedeutung, die von Parker gelegentlich wahrgenommen, aber nicht vertieft behandelt wird. Sie geben Eindruck in die Lebens- und Erfahrungswelt einer Generation von Ökonomen, die von dem Erlebnis der Krise und des Kriegs geprägt wurden. Das nimmt gelegentlich

erschreckende Gestalt an, so im Gespräch mit Victor Zarnowitz, der auf eine Jugend im Städtchen Auschwitz vor dem Kriege zurückblickte und dem Vernichtungsfeldzug NS-Deutschlands als Internierter eines sowjetischen Arbeitslagers entging, um nach dem Kriege in Heidelberg seinen Doktorgrad abzulegen. Auch jenseits des Horrors deutscher Geschichte entsteht aber das Bild einer ganzen Generation von Gelehrten, denen die Wirtschaftswissenschaft nicht allein Mittel zur Karriere und Erlangung guter Publikationen war, sondern deren Denken und Handeln wesentlich von dem tiefgreifenden Erlebnis einer systembedrohenden Krise des modernen Wirtschaftens geprägt geblieben ist.

Berlin

Albrecht Ritschl

(Prof. Dr. Albrecht Ritschl, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Spandauer Straße 1, 10178 Berlin)

Alois Mosser (Hrsg.), Die Versicherungswirtschaft in Mitteleuropa während des Nationalsozialismus (Geld und Kapital. Jahrbuch der Gesellschaft für mitteleuropäische Banken- und Sparkassengeschichte 6). Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2002, 196 S., € 32,-.

Die Zwischenkriegszeit gilt auch für die Versicherungswirtschaft als eine Zeit der Deglobalisierung, obwohl die im 19. Jahrhundert aufgebauten internationalen Verbindungen mit ihren grenzüberschreitenden Harmonisierungstendenzen partiell weitergingen. Sie wurden von nationalistischen Strömungen sowie den Bestrebungen der aus dem Zerfall der Habsburger Monarchie hervorgegangenen neuen Staaten, eine eigenständige Wirtschaft aufzubauen, überlagert. Diese im deutschsprachigen Raum weitgehend unbekannt Seite der Versicherungsgeschichte skizzieren einleitend die Beiträge über die böhmischen Länder (Frank Drauschke, S. 61-86), die Slowakei (Ludovit Hallon, S. 87-106) und Slowenien (Žarko Lazarević, S. 107-134). Sie lassen die überall vorhandene starke Stellung der ausländischen Unternehmen erkennen, wobei von den deutschen Versicherern vor allem die Victoria ein beachtliches Auslandsgeschäft aufbaute. Der Schwerpunkt aller Untersuchungen liegt jedoch auf der Entwicklung der Versicherungswirtschaft in der Zeit des Nationalsozialismus. Nach dem „An-

schluss“ von Österreich versuchten NS-Funktionäre wie Hans Goebbels und Franz Schwede-Coburg, dort ähnlich wie in Deutschland, die gesamte Versicherungswirtschaft mit Hilfe der öffentlich-rechtlichen Anstalten in die Hand zu bekommen und in ihrem Sinne umzugestalten. Dies misslang hier wie dort am entschlossenen Widerstand der Privatwirtschaft, die ihre Position über zahlreiche Beteiligungen sogar noch verbesserte. An erster Stelle baute die Gruppe um die Münchener Rück und die Allianz ihre Position aus. Wie Christian Karsch (S. 25-60) zeigt, kam es nur zu einer Sonderform einer „Verstaatlichung“, indem wie im „Altreich“ der kommunale Haftpflichtschadensausgleich eingeführt wurde. In den böhmischen Ländern, wo die jüdische Bevölkerung die Lebensversicherung als eine sichere Geldanlage schätzen gelernt und vor allem bei ausländischen Gesellschaften Verträge über relativ hohe Summen abgeschlossen hatte, wurden die jüdischen Versicherungspolizen während der deutschen Besatzung gesperrt und vom Deutschen Reich eingezogen. Die Slowakei begann unmittelbar nach der Autonomieerklärung im Herbst 1938 mit der Reorganisation und Nationalisierung der Versicherungswirtschaft, wobei sie sich auf bereits vorhandene Pläne stützen konnte. Das Regime reduzierte die Anzahl der konzessionierten ausländischen Gesellschaften von 44 auf zwölf und erhöhte den Anteil des slowakischen Kapitals am Grundkapital der inländischen Gesellschaften vor allem zu Lasten der tschechischen Versicherungen. In Slowenien, das während des Zweiten Weltkrieges in drei Besatzungszonen unterteilt war, wurde das einheimische Versicherungswesen – Privat- wie Sozialversicherung – ab Sommer 1941 nach dem Modell des jeweiligen Besatzungslandes umgestaltet.

Die beiden abschließenden Aufsätze beschäftigen sich mit Veränderungen in ganz Mitteleuropa während der Zeit des Nationalsozialismus. Ingo Böhle (S. 135-170) zeigt, wie die deutschen Krankenversicherer, die auf eine extreme Expansionsphase im Reich zurückblicken konnten, aufgrund ihres Know-how und ihrer finanziellen Möglichkeiten die „angeschlossenen“ und besetzten Märkte umgehend dominierten, vor allem Österreich und das Sudetenland. In Polen wurde der gesamte Bestand des einzigen einheimischen Krankenversicherers auf deutsche Gesellschaften übertragen. Von der nationalsozialistischen Eroberungspolitik wurden auch die großen, im Ausland in hohem Maße präsenten Versicherer aus der Schweiz tangiert. Wie

Bankhistorisches Archiv, 29. Jahrgang, Heft 2/2003
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Stefan Karlen (S. 171-193) zeigt, mussten sie sich teils aus den von den Deutschen kontrollierten Ländern zurückziehen, teils konnten sie ihre Position festigen, wenn die deutschen Gesellschaften nicht in der Lage waren, die von den Engländern hinterlassenen Lücken allein zu schließen. Zwar vermochte sich kein Schweizer Versicherer der personellen „Arisierung“ zu entziehen, doch unterschieden sich die einzelnen Gesellschaften recht deutlich hinsichtlich des Zeitpunkts der Entlassung ihrer jüdischen Mitarbeiter, der Höhe der finanziellen Abgeltung und der weiteren Unterstützungen, die sie ihnen zukommen ließen. Der gesamte Sammelband bringt Licht in ein bisher weitgehend unbekanntes Kapitel europäischer Geschichte. Es bleibt zu hoffen, dass von ihm vielfältige Anregungen ausgehen.

Marburg/ Lahn

Peter Borscheid

(Prof. Dr. Peter Borscheid, Universität Marburg, FB Geschichte und Kulturwissenschaften, Wilhelm-Röpke-Str. 6c, 35032 Marburg)



Bankhistorisches Archiv, 29. Jahrgang, Heft 2/2003
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2003